



Presseinfo des BDWS vom 26. Februar 2008

## Mindestlohn im Sicherheitsgewerbe: 37,5 % waren ver.di zu wenig

**Die Tarifverhandlungen zwischen dem Bundesverband Deuter Wach- und Sicherheitsunternehmen (BDWS) und der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di über einen bundesweiten Mindestlohn-Tarifvertrag für die 170.000 Beschäftigten im Wach- und Sicherheitsgewerbe sind gescheitert.**

Verantwortlich dafür ist die Ablehnung eines tragfähigen Verhandlungsergebnisses durch den Bundesvorstand von ver.di vom Montag, den 18. Februar 2008.

Vorangegangen waren drei Verhandlungsrunden, in denen sich die Vertreter der Arbeitgeber und der Gewerkschaft in einer kleinen Tarifkommission auf einen Mindestlohn-Tarifvertrag geeinigt hatten. Er sah vor, dass am 1. Mai 2009 die Löhne für die neuen Bundesländer und Berlin auf 5,75 EUR gestiegen wären. Das hätte Lohnerhöhungen bis zu 37,5 % bedeutet. Weitere Lohnsteigerungen waren für 2010 und 2011 angeboten worden.

Der Hauptgeschäftsführer des BDWS, Dr. Harald Olschok, zeigte sich verärgert und enttäuscht über diese Ablehnung von ver.di. Damit, so Olschok, habe ver.di die historische Chance vertan, in den neuen Bundesländern zu einer deutlichen Lohnerhöhung zu gelangen, die Lohnschere zwischen Ost und West zu verringern und die Arbeitsplätze in deutschen Sicherheitsunternehmen langfristig zu sichern. Die Forderung von ver.di nach einem bundesweiten Mindestlohn von 7,50 EUR, so Olschok, sei für die neuen Länder nicht akzeptabel. Das hätte Lohnerhöhungen von bis zu 80 % zur Folge und massive negative Auswirkungen auf die Stabilität der Arbeitsplätze gehabt. Dies sei weder unseren Mitgliedsunternehmen noch deren Kunden zuzumuten gewesen, so der BDWS-Hauptgeschäftsführer.

Mit der Ablehnung dieses Mindestlohn-Tarifvertrages kann das Sicherheitsgewerbe auch nicht die Aufnahme in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz beantragen. Kommt es im Jahr 2009 oder 2011 zur vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit, so drohe ein massiver Verlust von Arbeitsplätzen in bundesdeutschen Sicherheitsunternehmen. Dafür sei ver.di verantwortlich. Olschok wies darauf hin, dass in Polen über 200.000 Beschäftigte im Wach- und Sicherheitsgewerbe tätig seien. Der Stundenlohn betrage 1,50 EUR, die monatliche Arbeitszeit fast 400 Stunden. Es sei mehr als wahrscheinlich, dass sich Tausende polnischer Sicherheitskräfte nach Deutschland auf den Weg machen würden, um dort deutliche Lohnerhöhung zu realisieren. Ohne den Schutz des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes seien diese Beschäftigten keinen tariflichen Regelungen unterworfen.

>>



Das Angebot des BDWS für einen Mindestlohn im Sicherheitsgewerbe vom 19. Februar 2008 (Stundengrundlöhne ohne Zuschläge, in EUR):

	ab dem	1.5.2009	1.5.2010	1.5.2011
Baden-Württemberg		8,00	8,00	8,25
Bayern		7,76	8,00	8,25
Nordrhein-Westfalen		7,76	8,00	8,25
Hessen		7,00	7,10	7,35
Niedersachsen		7,00	7,10	7,35
Bremen		6,80	7,10	7,35
Hamburg		6,80	7,10	7,35
Schleswig-Holstein		6,00	6,00	6,25
Rheinland-Pfalz/Saarland		5,75	6,00	6,25
Berlin		5,75	6,00	6,25
Sachsen		5,75	6,00	6,25
Brandenburg		5,75	6,00	6,25
Thüringen		5,75	6,00	6,25
Sachsen-Anhalt		5,75	6,00	6,25
Mecklenburg-Vorpommern		5,75	6,00	6,25

Ihr Ansprechpartner für diese  
Pressemeldung:

**Helmut Hüttenrauch**  
Vertrieb

Telefon: 0911 / 51 99 6-92

Telefax: 0911 / 51 99 6-41

Mail: [helmut.huettenrauch@nwsghmbh.de](mailto:helmut.huettenrauch@nwsghmbh.de)



Presseinfo des BDWS vom 26. Februar 2008

>>

Das Verhalten von ver.di, so Olschok, werde Konsequenzen haben: „ver.di hat im Sicherheitsgewerbe 10.000 Mitglieder. Wir lassen uns nicht von einer Gewerkschaft, die lediglich 6 % der Beschäftigten vertritt, die Stabilität der Arbeitsplätze in unserer Branche gefährden. Eine Gewerkschaft, die aus ideologischen Gründen an einem bundesweiten Stundenlohn von 7,50 EUR festhalte und dabei die Besonderheiten im Sicherheitsgewerbe nicht berücksichtige, könne kein ernst zu nehmender Tarifverhandlungspartner sein.“

Es bleibe dem BDWS deshalb nichts anderes übrig, als in den nächsten Wochen Sondierungsgespräche mit anderen Gewerkschaften zu führen. Auch mit Bundesarbeitsminister Olaf Scholz werde man sich in Kürze treffen, um die nun entstandene Situation zu erörtern. Minister Scholz, so Olschok abschließend, könne kein Interesse daran haben, dass seine Pläne zur Aufnahme möglichst vieler Branchen unter das Dach des Entsendegesetzes an der ideologischen Verbohrtheit einer Gewerkschaft scheitere.

>>

**Weitere Brancheninformationen: [www.bdws.de](http://www.bdws.de)**

Ihr Ansprechpartner für diese  
Pressemeldung:

Helmut Hüttenrauch  
Vertrieb

Telefon: 0911 / 51 99 6-92

Telefax: 0911 / 51 99 6-41

Mail: [helmut.huettenrauch@nwsgmbh.de](mailto:helmut.huettenrauch@nwsgmbh.de)